

Matthias Bode

Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik

Eine Untersuchung ihrer Etablierung zwischen Norminterpretation und Normgenese



Die auswärtige Kulturverwaltung der frühen Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch ein komplexes Geflecht politischer Interessen und verfassungsrechtlicher Kompetenzen. Matthias Bode zeichnet die veränderten gesellschaftspolitischen Erwartungen - von der sog. Deutschumpflege im Ausland Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur zwischenstaatlichen Gesellschaftspolitik Ende der 1970er Jahre - nach und stellt deren Einfluss auf das Verfassungsrecht dar. Dabei lässt die Analyse von Genese und Wirkungsweise der Kulturabkommen mit fremden Staaten sowie der zwischen Bund und Ländern sorgfältig ausgehandelten Verfahrensregelungen, etwa der Lindauer Vereinbarung oder der Kramer-Heubl-Absprache, Rückschlüsse auf das Konzept der »Rechtsnorm« und die traditionelle Rechtsquellenlehre zu. Eine verfassungsrechtliche Kategorisierung dieser Phänomene erweist sich für ihr Verständnis als unzureichend; vielmehr ist die stärkere Einbeziehung rechtssoziologischer Perspektiven erforderlich.

Matthias Bode Geboren 1978; Studium der Rechtswissenschaften sowie der Mittleren und Neueren Geschichte und des Völkerrechts in Göttingen und Newcastle upon Tyne; Rechtsreferendariat beim OLG Braunschweig; verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; 2009-10 Referatsleiter bei der Hochschulrektorenkonferenz; seit 2010 Regierungsrat bei der Stiftung für Hochschulzulassung des Landes Nordrhein-Westfalen; 2012 Promotion.

2014. XVI, 800 Seiten. StudÖR 18

ISBN 978-3-16-152211-6
fadengeheftete Broschur 129,00 €

Jetzt bestellen:

<https://www.mohrsiebeck.com/buch/die-auswaertige-kulturverwaltung-der-fruehen-bundesrepublik-9783161522116/>

Telefon: +49 (0)7071-923-17

Telefax: +49 (0)7071-51104